



Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

RESÜMEE

Leipzig, den 19.11.2013

Unser Zeichen:resümee_SDP_07_11_13.doc

"SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!" – ZUR NEUGRÜNDUNG DER OSTDEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE IN LEIPZIG

„Eins sollten wir nicht aus den Augen verlieren: Den Mut des Neuanfangs.“ Nach diesem Schlusswort des Einführungsvortrags von Dr. Mike Schmeitzner diskutierten im ehemaligen Stasi-Kinosaal der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ am 7. November 2013 um 19.00 Uhr die vier Zeitzeugen Andreas Bertram, Axel Dyck, Andreas Schurig und Gunter Weißgerber sowie etwa dreißig Gäste, unter denen viele SPD-Mitglieder waren, über den notwendigen Mut für die Umsetzung der Friedlichen Revolution und für die Gründung einer eigenständigen sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) sowie deren Einordnung in die Ereignisse der Jahre 1989/90.

Nach der Begrüßung von Tobias Hollitzer, Leiter der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, erläuterte Dr. Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden in seinem Vortrag die Bedeutung Leipzigs für die Sozialdemokratie. Leipzig sei schon immer eine „Hochburg“ der sozialliberalen Partei aufgrund seiner „protestantisch[en], sowie liberal[en] und selbstbewusst[en]“ Prägung gewesen. 1848 entstand hier eine der ersten „Arbeiterverbrüderungen“ des Deutschen Bundes und 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. In Leipzig lebten und wirkten neben vielen anderen zum Beispiel die zentralen Figuren der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Leipzigs Bedeutung als das „Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung schlechthin“ zeigte sich auch darin, dass die SPD 1932 im Wahlkreis Leipzig als einzigem im ganzen Deutschen Reich mit 32% ein höheres Wahlergebnis als die NSDAP erreichte. Nach dem Ende des Nationalsozialismus erhielt die SPD in der sowjetischen Besatzungszone ihr „Todesurteil“ durch die zwangsweise Vereinigung der KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED). Die neuen kommunistischen Machthaber machten jede politische Betätigung als Sozialdemokrat unmöglich. Viele von ihnen flohen, andere wurden zu Haftstrafen oder zum Tode verurteilt.

Als in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Willy Brandt mit seinem Motto „Mehr Demokratie wagen“ und Helmut Schmidt mit seinem Pragmatismus an die Macht kamen, habe sich auch das Interesse in der DDR an der Sozialdemokratie wieder gesteigert, nicht zuletzt aufgrund der bundesrepublikanischen Ostpolitik, die eine Annäherung beider deutscher Staaten bewirkte. Diese beiden „positiven Leitfiguren“ standen den Gründungsmitgliedern der ostdeutschen Sozialdemokratische Partei, die am 7. Oktober 1989 in Schwante bei Berlin gegründet wurde, vor Augen. Ihre Ziele waren die Errichtung rechtsstaatlicher Normen, ein Parteienpluralismus und soziale Marktwirtschaft, Gewaltenteilung sowie Versammlungs- und Pressefreiheit in der DDR. Durch die damit zwangsläufig einhergehende Infragestellung der SED und der „Ablehnung allen totalitären Denken und Handelns“, wandte sich die SDP offen gegen die SED-Diktatur und die inzwischen auch im Internet abrufbar sind. „Nicht Reformierung sondern Revolutionierung, nicht ‚Dritte-Wege-Romantik‘, sondern parlamentarischer Rechtsstaat standen auf der Agenda.“, fasste Schmeitzner zusammen.

Im Anschluss an diesen informativen Vortrag über die SPD-Geschichte wurden Originalaufnahmen aus der Gründungssitzung des Leipziger Kreisverbandes der SDP vom 7. November 1989 in der Reformierten Kirche in Leipzig gezeigt, die Gunter Weißgerber zur Verfügung gestellt hatte und die inzwischen auch im Internet abrufbar sind (<http://www.youtube.com/watch?v=cLz1WXGXWGU>). Diese erste Sitzung verlief vor allem auch aufgrund der Unerfahrenheit ihrer Teilnehmer, zu denen unter anderem Andreas Schurig und Andreas Bertram gehörten, sichtlich chaotisch.

Anschließend diskutierten unter der Moderation von Tobias Hollitzer die Zeitzeugen und SDP-Gründungsmitglieder Andreas Bertram, Andreas Schurig und Gunter Weißgerber sowie Axel Dyck, der kurze Zeit nach ihrer Gründung in die SDP eingetreten

war, über ihre Sicht auf die Friedliche Revolution, die Neugründung und ihren persönlichen Weg zur SDP. Bertram, heute evangelischer Pfarrer, war in der DDR das Abitur verwehrt worden, er hatte im kirchlichen Bereich gearbeitet und war über die Kirche zur SDP gelangt, um sich auch politisch zu engagieren. Schurig, seit 2004 Sächsischer Datenschutzbeauftragter, hatte zunächst in der Kirchengemeinde Leipzig-Lindenau mitgewirkt. Als er bei der Kommunalwahl im Mai 1989 während des Wahlgangs Wahlbetrug feststellte, war seine Entscheidung für sein politisches Engagement gefallen und er begann, sich in der Lokalpolitik zu beteiligen. Als Weißgerber im Westfernsehen von der Politik Brandts und Schmidts hörte, war sein dringlichster Wunsch ihrer Partei, der SPD, anzugehören. Weißgerber war 1989 Redner auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig und zunächst im „Neuen Forum“ aktiv, doch für ihn war klar, „wenn’s ‘ne SPD gibt, bin ich weg.“ Für ihn bot die SDP einen festen politischen Rahmen im Gegensatz zu anderen Gruppierungen und Parteien, die seiner Meinung nach keinen klaren Linien folgten. Dyck war bis 1989 nach seinen eigenen Worten ein „angepasster, opportunistischer Bürger der DDR“ und erfuhr erst später eine „enorme Politisierung“. Heute sagt er von sich, er hätte „auch in einer anderen demokratischen Partei landen können“, entschied sich aber für die SDP durch verschiedene Treffen und intensive Gespräche mit Weißgerber und anderen.

Obwohl es Anfang 1989 noch „so illusorisch [war], eine sozialdemokratische Partei zu gründen“, reflektierte Schurig, wurde die Illusion bereits wenig später Realität. Das Vorhaben der Gründung einer neuen Partei war allerdings ein schwieriges Unterfangen. „Man war ständig in Bewegung, auch rückwärts und zu Fuß.“, erinnerte sich Bertram. Weißgerber hatte sich die Gründung damals wie „eine Parteiveranstaltung im Westfernsehen“ vorgestellt, doch auf den Originalaufnahmen wird deutlich, dass dem nicht so war. Vieles war „von Zufälligkeiten geprägt“, erinnerten sich die vier. Jeder, der sich meldete, wurde gebraucht und jede kleinste Büroerfahrung entschied, ob die jeweilige Person auf einer der zu besetzenden Positionen eingesetzt wurde. Zunächst kooperierte die SDP mit anderen Vereinen, wie dem „Neuen Forum“. Durch stetigen Mitgliederzuwachs jedoch wurde eine überregionale, d. h. kreis- bzw. bezirksweite Organisation der SDP in der DDR sowie eine inhaltlich fundierte Profilausprägung notwendig. Sämtliche Programmpunkte wurden damals oft ohne Ordnung und Priorität durchdekliniert, wie etwa Wirtschaft, Bildungssystem, Homo-Ehe. Hinsichtlich der Deutschen Einheit, konnte es nur in eine Richtung gehen, „weg von der DDR, so schnell wie möglich.“ – darin waren sich die Teilnehmer der SDP-Gründungssitzung einig.

„SDP – von der Stasi unterwandert?“ Diese Schlagzeile der Medien aus der Zeit der Neugründung der SDP belastete die Partei anfangs stark. Der „Umgang mit dieser SDP“ war für die Staatssicherheit der DDR von höchster Bedeutung, denn „das [war] die Frage der Spaltung der Arbeiterklasse“, so der erste und einzige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow zu Generalleutnant Wolfgang Schwanitz 1989/90 bei dessen Amtseinführung als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit. So wurden Anfang 1990 mehrere offizielle und inoffizielle Mitarbeiter entlarvt, darunter auch der erste Parteivorsitzende der SDP Ibrahim Böhme. Um die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder wurde nach der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung heftig diskutiert. Der Vorwurf lautete, die ostdeutsche SDP erfahre eine verdeckte Übernahme durch die SED. Daher wurden Parteimitgliedsübernahmen vorerst nicht erlaubt, da sie mit dem Selbstverständnis der SDP/SPD als demokratische Partei und als ehemaliger Kontrahent der SED nicht vereinbar waren. Auf die Frage aus dem Publikum, ob heute eine rot-rot-grüne Koalition eine Option wäre, drohten die SDP-Gründungsmitglieder, von denen ebenfalls viele im Publikum saßen, mit einem gemeinsamen Leipziger Gruppenparteiaustritt. Viele sehen bis heute die Partei „Die Linke“ als Nachfolger der SED. Schurig hob allerdings hervor, dass in den Reihen der heutigen Linken nun auch junge Abgeordnete ohne DDR-Hintergrund sitzen und man die Entwicklung dieser Partei in Bezug auf eine zukünftige Zusammenarbeit genau beobachten müsse.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Demokratie nach 1989 bis heute waren sich die Zeitzeugen einig. Gunter Weißgerber ist „sehr zufrieden“ mit der heutigen funktionierenden Demokratie. Andreas Bertram betonte, dass das Engagement von damals auch heute gefragt sei. Andreas Schurig ist froh mehrere Seiten der Demokratie, gestern (1989/90) und heute, erleben zu dürfen. Axel Dyck ließ die Veranstaltung mit folgendem Schlusswort ausklingen: „Jede Zeit hat ihre Erscheinungen. Da, wo wir heute stehen, ist ein Mosaik aus den Steinen, die damals gelegt worden sind.“